

31.05.96

Vorlage

an den Bundesrat

Fragen an die Bundesregierung zur Verhinderung von Sozialdumping im Baubereich

DER REGIERENDE BÜRGERMEISTER
VON BERLIN

Berlin, den 31. Mai 1996

An den
Präsidenten des Bundesrates
Herrn Ministerpräsident
Dr. Edmund Stoiber

Sehr geehrter Herr Präsident,

das Land Berlin stellt für die Sitzung des Bundesrates am 14. Juni 1996 gemäß § 19 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Bundesrates folgende Fragen zur Verhinderung von Sozialdumping im Baubereich an die Bundesregierung:

1. Welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung aufgrund des von ihr wiederholt erklärten Willens, eine nationale Lösung für das Arbeitnehmerentsendeproblem im Bausektor zu schaffen, nunmehr zu ergreifen, nachdem der Antrag auf Allgemeinverbindlicherklärung des Tarifvertrages zur Regelung eines Mindestlohnes vom 24. April 1996 für das Bauhauptgewerbe im Tarifausschuß beim Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung keine Mehrheit gefunden hat ?
2. In welchem zeitlichem Rahmen wird die Bundesregierung tätig werden, um angesichts der dramatischen Arbeitslosigkeit im Baubereich sowie angesichts der exorbitanten Zahl von Unternehmensinsolvenzen in der Baubranche zu der überfälligen Lösung des Problems zu kommen ?

Mit freundlichen Grüßen

